

Die Entscheidung

Memorandum zur Transformation der deutschen Energieversorgung

VON HERMANN SCHEER

Die existenziellste Frage des Jahrhunderts ist die Transformation der Energieversorgung von fossilen und atomaren zu Erneuerbaren Energien. Diese Transformation ist durch bereits jetzt verfügbare Energietechnologien möglich, mit denen die Energiebereitstellung wesentlich effizienter gestaltet und strukturell revolutioniert wird. Es handelt sich dabei um einen Prozess, der drastisch beschleunigt werden kann und muss und Wirtschaft und Gesellschaft durchdringen wird. Eine Zwischenphase durch neue konventionelle Großkraftwerke oder eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken ist verlorene Zeit.

Das Referenzbeispiel – und damit die Analogie – ist der Durchbruch der Informationstechnologien, wie er in den letzten drei Jahrzehnten erfolgte und weiter anhält. So wie sich statt der Großrechner vielfältig und dezentral eingesetzte Informationstechnologien durchsetzen, wird das auch bei den Technologien zur Nutzung Erneuerbarer Energien und der Energieeffizienzsteigerung der Fall sein müssen.

Bei der Transformation der Energiebereitstellung geht es keineswegs allein um Energiequellen. Tatsächlich geht es damit auch um eine Grundentscheidung über neue Technologien in völlig anderen Anwendungsformen und mit dieser um die Formen der Energiebereitstellung – mithin um die strukturelle Revolutionierung der Energieversorgung. Die Entscheidung dafür ist nicht länger aufschiebbar. Sie kann nicht auf internationaler Ebene, sondern muss durch neue wirtschaftliche

Träger erfolgen, die dafür ihren wirtschaftlichen Aktionsraum brauchen. Die zentrale (energie)politische Aufgabe ist, diesen Aktionsraum auf kommunaler, regional und einzelstaatlicher Ebene zu schaffen. Es gibt keinen rationalen Grund darauf zu warten, ob andere zum selben Zeitpunkt initiativ werden. Aber es gibt viele Gründe und Voraussetzungen für einen fliegenden Start, weil die politischen, ökologischen und volkswirtschaftlichen Vorteile einer Vorreiterrolle immens sind.

Das heutige, auf fossilen und teilweise atomaren Energieverbrauch zugeschnittene Energiesystem hält sich zwar immer noch für unverzichtbar. Die dieses tragenden Unternehmen sind größer denn je und fahren Gewinne in bisher ungekannter Größenordnung ein. Doch perspektivisch sind sie am Ende ihres Lateins. Zwei ihrer scheinbar größten Trumpfkarten – gesicherte und billige Energieversorgung – vergilben und stechen immer weniger. Ihre dritte Trumpfkarte – das angeblich mangelhafte, prinzipiell zu teure und allenfalls erst langfristig verfügbare Potential Erneuerbarer Energien – sticht nur solange, wie es ihnen gelingt, diese an der Entfaltung zu hindern. Das unbedingte Festhalten an der konventionellen Energieversorgung in hochzentralisierten Bereitstellungsformen und die Verweigerungshaltung gegenüber Erneuerbaren Energien und deren spezifischen Bereitstellungsformen führt geradewegs in eine existenzielle Energiefalle.

Offenkundig werden

- die fossilen und atomaren Energieangebote und der Infrastrukturaufwand laufend kostspieliger,

ihre Verfügbarkeit begrenzter und politisch konfliktbeladener und damit weniger sicher, und die ökologischen Folgelasten laufend untragbarer;

- während demgegenüber die Kosten Erneuerbarer Energien laufend sinken und „externe“ politische, wirtschaftliche und ökologische Kosten vermeiden.

Damit ist klar, welche definitive Grundentscheidung überfällig ist.

Die Notwendigkeit und Möglichkeit dieser Transformation wird allerdings von den meisten energiepolitischen und –wirtschaftlichen Akteuren immer noch verleugnet oder verdrängt. Entsprechend hermetisch – strukturkonservierend, stets partikular und verkürzt - sind politische Konzepte, die dem System der überkommenen Energieversorgung verhaftet bleiben und damit die Gesellschaften laufend krisenanfälliger machen und von immer riskanteren Unwägbarkeiten existenziell abhängig halten.

Die Größe und der Einfluss der konventionellen Energiewirtschaft stehen im umgekehrten Verhältnis zur Tragfähigkeit ihrer Konzepte. Erneuerbare Energien werden zwar mittlerweile als Perspektive anerkannt. Doch diese Anerkennung ist immer noch überwiegend eine rhetorische.

Energiekrisen mit wechselnden und ausweichenden Antworten

Energiekrisen sind seit mehr als drei Jahrzehnten virulent. Doch die einzelnen Themen wechseln. Entsprechend ausschnittshaft und verkürzt sind die darauf versuchten politischen Antworten. Das gemeinsame Kennzeichen ist das Ausweichen vor der einzigen in sich schlüssigen Antwort: Der strategisch angelegte Wechsel zu Erneuerbaren Energien.

Nach dem Ausbruch der *Ölpreiskrise* von 1973, die seinerzeit im Nachost-Konflikt begründet war,

stand zunächst die *gefährdete Öfersorgung* im Vordergrund. Die Reaktion der westlichen Industriestaaten bestand im wesentlichen aus ersten politischen Initiativen zur Energieeinsparung, um das wirtschaftliche Wachstum vom Energieverbrauch zu entkoppeln; aus verstärkter Orientierung auf die Atomenergie und (äußerst geringfügigen) Forschungs- und Entwicklungsprogrammen für Erneuerbare Energien. Nach den seit 1982 eintretenden Ölpreissenkungen dominierte wieder die Sorglosigkeit. Es blieb nicht nur alles beim Alten, sondern auf deutlich ansteigendem Mengenniveau fossiler Energieversorgung.

Die *80er Jahre* waren, insbesondere nach der Atomreaktorkatastrophe von Tschernobyl, geprägt vom *Verwelken atomarer Blüenträume*. Der Atomenergieausbau wurde weltweit weitgehend eingestellt, auch aus wirtschaftlichen Gründen, weil die Niedrigkosten-Versprechungen der Atomenergie-Protagonisten nie eingelöst werden konnten. Der letzte Neubau in Deutschland ging 1987 in Betrieb. Doch die wichtigste Konsequenz aus der Absage an die Atomenergie wurde nicht gezogen: die ambitionierte und konsequente Forcierung der Erneuerbaren Energien als der nicht fossilen Antwort auf die Atomenergie - als könne auf Dauer die Energieversorgung durch endliche fossile Energien getragen werden, wenn diese nur sparsam und effizient genutzt würden. Die Klimagefahren durch fossile Energie-Emissionen, über die es bereits in den 70er Jahren alarmierende Vorwarnungen gab, wurden noch überwiegend unterschätzt, auch in der Umweltbewegung.

In den *90er Jahren* konnten die *Klimagefahren* nicht mehr ignoriert werden. Spätestens jetzt hätten die Erneuerbaren Energien weltweit zur strategischen Priorität werden müssen, als Äquivalent zur Atomenergie und zu fossilen Energien. Vor dieser Erkenntnis haben sich Energiepolitik, -wissenschaft und -wirtschaft größtenteils gedrückt: die Vernachlässigung Erneuerbarer Energien wurde fortgesetzt und deren natürliches, technisches und wirtschaftliches Potential heruntergespielt oder gar denunziert. Selbst praktische Initiativen zur Ener-

gieweinsparung wurden wieder vernachlässigt. Stattdessen konzentrierte sich die Energiepolitik auf die *Liberalisierung* der Strommärkte und – mit Hilfe der Europäischen Energiecharta – der internationalen Primärenergiemärkte, letzteres um möglichst alle Barrieren gegenüber dem freien Zugang zu den fossilen Ressourcenquellen zu beseitigen.

Nicht einmal die neue Wirtschaftsstrategie Chinas, die den größten und schnellsten Energiebedarfszuwachs seit Menschengedenken ausgelöst hat, wurde bis vor wenigen Jahren in den damit verbundenen Konsequenzen zur Kenntnis genommen – und das, obwohl nicht zuletzt dadurch der Weltverbrauch an fossilen Energien zwischen 1990 und 2005 um 50 % zugenommen hat! Erst im Februar 2005 trat das Kyoto-Protokoll in Kraft, das lediglich eine Minimalverpflichtung nur der Industrieländer (allerdings ohne Beteiligung der USA und Australiens) zur Reduktion klimaverändernder Treibhausgase um durchschnittlich fünf Prozent gegenüber dem Jahr 1990 (bis zum Jahr 2012) vorsieht. Jedoch wird selbst der – durchaus zweifelhafte – Vollzug dieser eingegangenen Verpflichtungen nicht verhindern können, dass 2012 die Treibhausgase nochmals drastisch gesteigert sind. Mehr noch: Die Internationale Energie-Agentur (IEA), eine Einrichtung der OECD angehörenden „westlichen Industrieländer“, darf – bisher ohne Widerspruch der sie tragenden Regierungen der Kyoto-Vertragsländer – von einer weiteren Steigerung des fossilen Energieverbrauchs bis zum Jahr 2030 um 60 % sprechen.

Die *erste Dekade des 21. Jahrhunderts* erfährt nun einen erneuten Themenwechsel in der internationalen Energiediskussion. In den Vordergrund rückt wiederum die *Versorgungssicherheit*, weil

- die nahende Erschöpfung der billigen Flüssigöl-Reserven ebenso wie der Erdgasreserven in den nächsten Jahrzehnten und die damit verbundenen Preissteigerungen allen vor Augen stehen;
- Zuspitzungen westlich-islamischer Kulturkonflikte drohen, die – angesichts der Tatsache,

dass das Gros der Erdölreserven und ein Großteil der Erdgasreserven in Ländern des islamischen Staatenbogens liegen – auch kurzfristig zu empfindlichen Unterbrechungen der fossilen Energieversorgung führen und abrupt ein weltwirtschaftliches Debakel hervorrufen können.

Die Denk- und Handlungsverweigerung gegenüber Erneuerbaren Energien, die spätestens in den 70er Jahren hätte aufgegeben werden müssen, hat weltweit gemeingefährliche Ausmaße angenommen. Dadurch befindet sich die Weltgesellschaft in der höchst prekären Lage,

- weiter in eine Klimaveränderung mit unabsehbaren ökologischen Folgeschäden zu taumeln;
- mit unaufhörlichen Energiepreissteigerungen konfrontiert zu werden, die ein endgültiges ökonomisches Delirium in der Dritten Welt hervorrufen und in den reichen Industrieländern zur sozialen Falle für wachsende Bevölkerungsteile sowie zur wirtschaftlichen Fessel für komplette Volkswirtschaften werden;
- mit sich zuspitzenden und brodelnden internationalen Konflikten um Zugänge zu Restressourcen konfrontiert zu sein, die jederzeit schwere Erschütterungen des wirtschaftlichen Gefüges auslösen können. Selbst wohlhabende Industrieländer könnten dadurch in kürzester Zeit auf das Niveau eines Dritte-Welt-Landes abstürzen. Die Energie-Importabhängigkeit Deutschlands liegt heute bei etwa 80 %, die Japans bei 95 % und die der USA bei etwa 60 % des jeweiligen Gesamtenergieverbrauchs.

Solche elementaren Gefahren auflaufen zu lassen, verrät ein traumtänzerisches Versagen der Energiepolitiken und der Energiewirtschaften. Die konventionellen Energieinstitutionen haben den von ihnen reklamierten Kompetenzanspruch verspielt. Dies schließt die Internationale Atomenergie-Agentur und die Internationale Energie-Agentur (IEA) mit ein, die ihre energiepolitische Beratungsrolle systematisch dazu missbrauchen, Regierungen und internationale Öffentlichkeit sorglos zu stimmen und diesen längst überfällige grundlegende Strukturveränderungen in der Energiebereitstel-

lung auszureden. Stattdessen empfehlen sie eine umfassend angelegte Aufrüstung des konventionellen Energiesystems.

Erst auf der UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg wurden die Erneuerbaren Energien in den einschlägigen Konferenzdokumenten als Zukunftsoption anerkannt. Doch die Schwerpunkte, die auf der Ebene der G8-Staaten und in den führenden Industrieländern verfolgt werden, sehen anders aus, allen nunmehr positiver klingenden Verlautbarungen über Erneuerbare Energien zum Trotz.

Die Aufrüstung des konventionellen Energiesystems

Dass die alten Schwerpunkte unverdrossen weiter verfolgt werden, wird mit der Aneignung des Begriffs „Clean Energy“ getarnt. Bei wörtlicher Auslegung dieses Begriffs müsste dieser ein Synonym für Erneuerbare Energien sein, da allein mit diesen eine emissions- und rückstandsfreie Energienutzung möglich ist. Aber gemeint sind damit in den neuen Verlautbarungen der „Koalition der Weitemacher“ (Peter Sloterdijk) alle Energien: Atomenergie ebenso wie fossile Energien - wenn diese nur bestimmten zusätzliche Anforderungen genügen, wie deren sparsamere oder effizientere Verwendung oder die Abscheidung von CO₂ samt dessen anschließender Deponierung. Gemeint ist ebenso mit Atomstrom produzierter Wasserstoff.

Auf der Ebene interministerieller Vorgespräche für den Weltwirtschaftsgipfel (G8) am 16. Juli 2006 in St. Petersburg ist ein Papier unter der Überschrift „Global Energy Security“ erstellt worden, das signifikant die Aufrüstungsabsicht des dominierenden Energiesystems belegt:

- die Ausweitung der fossilen Ressourcenbasis, um deren Erschöpfung zu verhindern, also die Förderung sogenannter nichtkonventioneller fossiler Vorkommen in Ölschiefern, Ölsänden oder in der Tiefe des Erdinneren;

- die Effizienzsteigerung der Öl- und Gasproduktion, einschließlich der Förderung dieser Ressourcen an den Kontinentalhängen der Weltmeere;
- die Ausweitung der Kapazitäten der Öltraffinerien und der petrochemischen und gasgestützten Prozessindustrien;
- die Entwicklung effizienter Großwerke einschließlich „sicherer“ Atomkraftwerke;
- die Förderung von Flüssiggasmärkten;
- die Einführung der „clean coal“-Technologie, durch Einfangen und Lagern von CO₂;
- die Ausweitung der Energietransport-Infrastruktur, besonders der internationalen Übertragungsnetze;
- die Verbesserung der physikalischen Sicherheit der Energie-Infrastruktur;
- die Entwicklung und Anwendung „fundamentaler“ neuer Energietechnologien, womit die Atomfusion gemeint ist.

Zwar wird auch von weiteren Schritten zum Energiesparen, der Einführung von Energie-Effizienzsteigerungen und der Förderung Erneuerbarer Energien gesprochen, aber als „prioritäre Maßnahmen“ gelten

- die Erhöhung der Förderraten und die Verbesserung der Fördertechniken;
- die Breitereinführung von Kohlenstoff-Sequestrierungstechnologien;
- die Mobilisierung synthetischer Kraftstoffe, besonders aus Kohle und Erdgas;
- die weitere Liberalisierung der Energiemärkte, um auf diesem Wege zu einer Diversifizierung der konventionellen Energieangebote zu kommen und staatliche Zugangsbarrieren in Förderländern zu beseitigen, d.h. vor allem den politischen Druck auf die Erhöhung der Förderquoten fossiler Energien zu erhöhen.

Zu diesem Portfolio gehört die weltweit betriebene „Renaissance“ der Atomenergie, betrieben von der überwiegenden Zahl der „G8“-Regierungen vor allem der USA, Großbritanniens, Russlands, Frankreichs, Japans, aber auch Chinas und Indiens. Die internationale Wasserstoffdiskussion ist mitt-

lerweile weitgehend von den Atomenergie-Protagonisten okkupiert, um die Atomenergie auch für den Kraftstoffmarkt anbieten zu können.

Elemente dieser Aufrüstung des etablierten Energiesystems sind auch die Großfusionen von Energiekonzernen, die im Bereich der Stromversorgung stattfinden. Sie sind ermöglicht worden durch die Liberalisierung der Strommärkte, die erstmals den zuvor nur auf regionaler und einzelstaatlicher Ebene operierenden Stromkonzernen erlaubte, sich zu internationalisieren – und damit den Verlust der einstigen Gebietsmonopole durch umso größere Anbieteroligopole zu kompensieren. Im Zuge dieses Konzentrationsprozesses findet gleichzeitig eine zunehmende Verschmelzung bisher separat voneinander operierender Strom- und Primärenergieanbieter statt. So vollzieht sich eine widersprüchliche Entwicklung: Die Verursacher der Energiekrise werden stärker, obwohl sich ihre Ressourcenbasis erschöpft und die ökologischen Folgen ihrer Ressourcenangebote katastrophal geworden sind.

Die Optionen, die unter dem Label „Clean Energy“ vorzugsweise versprochen werden, sind

- nicht aktuell technologisch verfügbar, wie die der „Clean Coal“;
- entspringen regelmäßig einer isolierten Betrachtung, weil sie sich nur auf ein Element der Energiebereitstellungskette (Kraftwerke, Motoren) beziehen, als würden fossile Energien und aufbereitetes Uran vom Himmel fallen und ohne Verteilungsaufwand auskommen, womit die in den Ketten anfallenden Energieverluste und Emissionen ausgeblendet werden;
- rufen erhebliche zusätzliche Kosten hervor, die einem Vergleich mit den laufend sinkenden Kosten Erneuerbarer Energien schon jetzt nicht standhalten;
- verursachen massive zusätzliche ökologische Belastungen, wie etwa die Mobilisierung nicht-konventioneller fossiler Reserven;
- führen zur Steigerung atomarer Risiken, insbesondere dem der uferlosen Weiterverbreitung waffengrädiger Atomtechnologien.

Gleichzeitig ist das Fortschreibungskonzept des konventionellen Energiesystems voller Widersprüche:

- Die geforderte weitergehende Liberalisierung der Energiemärkte steht im Widerspruch zu den wieder erkannten Zielen nationaler Energiesicherheit sowie zu den Forderungen der Energiekonzerne nach Investitionssicherheit für Großanlagen, für die mindestens ein Amortisationszeitraum und damit ein geschützter Markt für mindestens drei Jahrzehnten erforderlich wäre.
- Die geforderte Erhöhung der fossilen Energiebedarfsmengen steht im Widerspruch zum Klimaschutzabkommen.
- Das Postulat der Marktorientierung der Energieversorgung steht im Widerspruch zu dem wichtigsten Prinzip funktionierender Märkte, dem tatsächlicher Chancengleichheit für Wettbewerber. Diese gibt es aufgrund der jahrzehntelangen Privilegierung des atomar/fossilen Energiesystems nicht. Daraus ergibt sich eine fortgesetzte Diskriminierung Erneuerbarer Energien.
- Das Festhalten an den überkommenen Großstrukturen widerspricht den plakatierten Effizienzzielen: Kondensationskraftwerke im Großformat sind ebenso prinzipiell ineffizient wie lange Energiebereitstellungsketten.

Der unausgetragene strukturelle Zielkonflikt

Die Strukturfragen der Energieversorgung müssen ins Zentrum der Energiediskussion gerückt werden. Das bedeutet allem voran eine strukturelle Zieldefinition:

- Soll weiterhin an der Struktur des bisherigen Energiebereitstellungssystems festgehalten werden, die mit ihren Techniken und Infrastrukturen zugeschnitten ist auf die Funktionsanforderungen atomarer und fossiler Energienutzung? In diesem Fall ist der Maßstab für Erneuerbare Energien zwangsläufig beschränkt,

weil diese dann nur in solchen Mengen und Bereitstellungsformen in das Energiesystem integrierbar sind, wie sie mit den Funktionsweisen des konventionellen Energiesystems kompatibel sind.

- Oder ist die Substitution atomarer und fossiler Energien das vorrangig erklärte Ziel? In diesem Fall muss energiepolitisch gewährleistet werden, dass sich die vorhandene Energiewirtschaft, so weit das möglich und so lange das noch erforderlich ist, an die spezifischen Funktionsanforderungen Erneuerbarer Energien anpasst. Dies erfordert zwingend, nicht bei den beschränkten Zielen eines Anteils von 50 % Erneuerbarer Energien bis 2050 oder 25 % bis 2020 stehen zu bleiben. So ambitioniert diese Ziele sein mögen, so sehr legitimieren sie indirekt die Fortschreibung des überkommenen Systems.

Die fossile/atomare Energieversorgung repräsentiert mit ihren Technologien und Infrastrukturen ein anderes energiewirtschaftliches Paradigma als es für die Erneuerbaren Energien erforderlich ist. Beide Paradigmen können nicht zugleich verfolgt werden. Es geht also um die Grundentscheidung, welches Paradigma Vorrang hat.

Der unausgetragene Zielkonflikt der Energiepolitik der rot/grünen Koalition

Auch die rot/grüne Koalition ist mit ihrer Energiepolitik diesem strukturellen Zielkonflikt ausgewichen. Sie war in Bezug auf die Förderung Erneuerbarer Energien im Stromsektor erfolgreicher als alle anderen. Aber in der rot/grünen Koalitionszeit wurden die beiden strukturellen Pole der Energieversorgung – hier die dezentral installierten und breit eigentumsgestreuten Erneuerbaren Energien, dort die atomar/fossilen Großanlagen in der Eigentümerschaft der Energiekonzerne – gleichzeitig gestärkt. Entstanden ist einerseits ein neuer Wirtschaftssektor für die Produktion und das Betreiben

Erneuerbarer Energie-Anlagen. Parallel dazu ist der Konzentrationsprozess der konventionellen Stromwirtschaft begünstigt worden.

Die rot/grüne Bundesregierung hat zunächst das am 29. April 1998 noch von der CDU/CSU/FDP-Regierung verabschiedete neue Energiewirtschaftsgesetz unberührt gelassen. Im Gegensatz zu der Liberalisierung des Stromsektors, wie sie in Schweden praktiziert wurde, ist keine unternehmerische Separierung der Stromproduzenten von den Netzbetreibern vorgenommen worden. Schweden hat die Stromnetze in öffentlicher Hand behalten, um deren Betrieb gegenüber den Stromproduzenten zu neutralisieren, wie es sich für „natürliche Monopole“ gehört. Indem jedoch die rot/grüne Koalition auf eine Regulierungsbehörde verzichtete und die Fragen der Netzzugänge und Übertragungskosten der „Verbändvereinbarung“ überließ, wurde der faktisch unkontrollierte Netzbetrieb zur Gelddruckmaschine der Stromkonzerne. Mit milliardenschweren Extragewinnen haben diese den Konzentrationsprozess finanziert, womit sie die Ziele der Liberalisierung systematisch unterminieren konnten.

Hinzu kam, dass die steuerfreien Rückstellungen für die künftige atomare Entsorgung weitgehend unangetastet geblieben sind, als Gegenleistung für die seinerzeitige Zustimmung der Stromkonzerne für den Atomausstieg, was der Konzentrationskasse der Stromkonzerne ebenfalls zugute gekommen ist. Den Stromkonzernen wurde sogar erlaubt, das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz zu unterlaufen, indem sie um den Betrag des eingeführten KWK-Bonus die Vergütung für den KWK-Strom senkten. Das Vehikel dafür war, dass sie die Stromerzeugungskosten künstlich niedrig halten konnten, weil sie ihre Gewinne im unkontrollierten Netzbetrieb einfuhren.

Das Ergebnis dieser Politik ist, dass den Stromkonzernen nunmehr der Kamm schwillt. Die einzigen sie störenden Elemente sind das Erneuerbare Energie-Gesetz und der Atomausstieg. Nachdem mit der 2005 geschaffenen Bundesnetzagentur die

Aussichten auf überzogene Übertragungskosten geringer werden, müssen sie künftig wieder ihre Erlöse verstärkt aus der Stromproduktion holen. Nachdem sie die öffentliche Gegenleistung für den geplanten Atomenergieausstieg eingesteckt haben, versuchen sie diesen Ausstieg mit Hilfe der Kampagne für die Laufzeitverlängerung wieder gegenstandslos zu machen. Durchhalten lässt sich dieser Durchmarschversuch jedoch nur, wenn es gelingt, die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke zu erpressen und das Erneuerbare Energie-Gesetz zu Fall zu bringen.

Damit ist der strukturelle Konflikt markiert, der die deutsche Energiediskussion in den nächsten Jahren bestimmen wird: Die Aufrüstung des konventionellen Energiesystems im G8-Geleitzug, oder die Entscheidung für den definitiven Wechsel zu Erneuerbaren Energien. Die Grundsatzentscheidung dafür erfordert

- die Ausweitung der Perspektive Erneuerbarer Energien hin zu einer Vollversorgung, die bis 2050 erreichbar ist;
- die durchgängige Orientierung der Energiepolitik an den Funktionserfordernissen der Erneuerbaren Energien;
- die nachvollziehbare Präsentation, wie bis 2021/22 (dem Zeitpunkt des Abschaltens des letzten deutschen Atomreaktors Neckarwestheim II) ein voller Ersatz durch Erneuerbare Energien möglich ist und dennoch die CO₂-Reduktionsziele erreicht werden können, also ohne den Neubau fossiler Großkraftwerke;
- eine Transformationsstrategie, die dem Erfordernis einer Energieversorgungssicherheit Rechnung trägt und deshalb prioritär den Verzicht auf Energieimporte in überschaubaren Zeiträumen ermöglicht,
- die Formulierung einer Energiemarktordnung, die die marktwirtschaftlichen Vorteile dezentraler Energiebereitstellung einem einseitigen Liberalisierungsprinzip entgegenstellt, das in erster Linie den Konzentrationsprozess begünstigt und damit letztlich die Liberalisierung außer Kraft setzt;

- das Setzen auf dezentrale energiewirtschaftliche Akteure, die nicht mit der konventionellen Energiewirtschaft verflochten sind und auf deren Altinvestitionen und Strukturen keine Rücksicht nehmen müssen.

Es geht dabei um politische Rahmenbedingungen, die unter Beachtung des Ziels der Energieversorgungssicherheit *freie Bahn für unabhängige Investitionen* in Erneuerbare Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung ermöglicht. Diese Perspektive ist historisch vorbestimmt und in bisherigen Ansätzen für erneuerbare Energien in Deutschland angelegt. Bleiben sie Bruchstücke, könnten sie wieder zu Bruch gehen. Wird daraus jedoch eine kohärente Strategie, eröffnet das neue gesamtwirtschaftliche Dimensionen.

Die überkommene Energieversorgung war einst der Treibriemen der industriegesellschaftlichen Entwicklung. Wegen ihrer Energiequellen und diesen dienenden Technologien und Infrastrukturen lähmt sie längst die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Was Basis für den Wohlstand war, wird zum Treibsand, auf dem ein allgemeiner Niedergang droht. Die prinzipielle Umorientierung auf Erneuerbare Energien erfordert und ermöglicht eine technologische Revolutionierung der Energieversorgung. Den größten Vorteil davon haben diejenigen Industrieländer, die sich vehement an die Spitze dieser Entwicklung stellen und keine Angst vor „Alleingängen“ haben. Bei allen anderen Technologien heißt es: schneller sein als andere. Technologisch-industrielle Weiterentwicklung kam stets nur auf diesem Wege zustande.

*(Wird fortgesetzt in Nummer 2/2006:
„Die Transformation“.)*